

der Politik des Monopolkapitals, der ordnet die Arbeiterklasse in Wirklichkeit dem Monopolkapital unter, der versperrt ihr den Weg des geschichtlichen Fortschritts zur Befreiung von kapitalistischer Versklavung und imperialistischer Kriegspolitik. Zu einer Wende der Politik in Westdeutschland und einer grundlegenden Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse bedarf es des Einsatzes der Arbeiterklasse auch außerhalb des Parlaments.“ Diese Worte, die er im Jahre 1957 auf der 33. Tagung des Zentralkomitees sprach, haben heute denn je Gültigkeit.

So wie alle anderen Repräsentanten unserer Partei und des Staates macht Genosse Otto Grotewohl bis zum heutigen Tag die Politik der Verständigung und eines Abkommens der Vernunft und des guten Willens, wie sie auf dem VI. Parteitag vom Genossen Walter Ulbricht entwickelt und im Programm unserer Partei beschlossen wurde, zu seiner eigenen Sache. In einem Brief an die Bürger Dresdens, seines Wahlbezirks für die Volkskammerwahlen 1963, legte er erneut ein Bekenntnis zur sozialistischen Demokratie ab und entlarvte das Gerede der Bonner Imperialisten, die unter der Flagge des Antikommunismus über Demokratie und Freiheit reden. „Die aufpeitschende nationalistische revanchistische Hetze und das maßlose Wettüben in Westdeutschland“ — so sagt er dort — „fügen unserem Volk schweren Schaden zu. Zur Wahrung der Lebensinteressen der deutschen Nation sind vielmehr Vereinbarungen der Vernunft und des guten Willens zwischen beiden deutschen Staaten notwendig.“



Foto: Zentralbild

*In Vorbereitung der Volkskammerwahlen 1963 weilte Genosse Otto Grotewohl in seinem Wahlbezirk Dresden. Auf einer Wählern er Sammlung im VEB Pentacon, Kamera- und Kinowerke wurde er unter stürmischem Beifall von der Belegschaft als Kandidat für die Volkskammer vorgeschlagen*